

Atdorf frühestens 2033 am Netz

Umweltminister Franz Untersteller antwortet auf Landtagsanfrage



Die Realisierung des geplanten Pumpspeicherwerks (PSW) Atdorf rückt in immer weitere Ferne. "Nach Auffassung der Planfeststellungsbehörde kann (...) mit einer möglichen Inbetriebnahme kaum vor den Jahren 2033/2034 realistisch gerechnet werden", heißt es in einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage aus der Fraktion der Grünen. Wie Jörg Gantzer, Erster Landesbeamter im Landratsamt Waldshut und Leiter des Planfeststellungsverfahrens, auf Anfrage unserer Zeitung bestätigt, "bewegen wir uns schon im Zeithorizont des Jahres 2021 für eine Entscheidung über den Planfeststellungsantrag".

Bislang waren die Beteiligten von Jahr 2019 ausgegangen. Den daraus resultierenden Zeitplan skizziert Umweltminister Franz Untersteller in der Antwort auf die parlamentarische Anfrage: "Ein möglicher positiver Planfeststellungsbeschluss wird deshalb kaum vor dem Jahr 2028 bestandskräftig sein. Die Umweltverbände und die BI Atdorf haben bereits angekündigt, dass sie Klage erheben werden und den Instanzenzug ausschöpfen wollen." Ob das PSW Atdorf dann auch tatsächlich gebaut wird, wird auch 2028 noch offen sein. Erst nach einem rechtskräftigen Beschluss wird die Schluchseewerk-Mutter EnBW über den tatsächlichen Bau befinden und dabei auch aktuelle Wirtschaftlichkeitsberechnungen in die Entscheidung mit einbeziehen.

Schluchseewerk-Sprecher Peter Steinbeck sieht aufgrund des längeren Zeitraums keine Zweifel an der grundsätzlichen Notwendigkeit des Speicherprojekts. "Je länger es dauert, desto notwendiger ist das Pumpspeicherwerk in unseren Augen", so Steinbeck. Dass sich andere Speichertechniken, wie beispielsweise die Power-to-gas-Technologie, bis Mitte der 30-er Jahre weiterentwickeln könnten und neue Pumpspeicher dadurch überflüssig werden, sieht er nicht. Jede Technik habe Vor- und Nachteile, man werde alle Techniken brauchen, die sich gegenseitig ergänzten. Der Bedarf an zusätzlichen Stromspeichern sei unstrittig, so Steinbeck. Gleichwohl gilt die energiepolitische Notwendigkeit des Projekts als eine der wesentlichen Hürden im Genehmigungsverfahren. Ohne diesen Nachweis lassen sich weder Enteignungen noch Eingriffe in FFH-Gebiete juristisch rechtfertigen. Und gerade hier hatte die Argumentation der Schluchseewerk AG in dem Erörterungsverfahren im Januar einige Schwächen gezeigt.

Nacharbeiten muss das Schluchseewerk auch in Sachen Ausgleichsflächen: Laut Umweltminister Franz Untersteller gelten sechs Landwirte als in ihrer Existenz gefährdet, weil mehr als fünf Prozent ihrer Agrarflächen für Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen sind. "Wir sind derzeit in konstruktiven Gesprächen mit Landwirten und können tatsächlich auf einige Flächen verzichten", erklärt Steinbeck. Ersatz für diese Ausgleichsflächen gebe es noch nicht. Erst wenn das Schluchseewerk wisse, welche Flächen am Ende verbleiben, werde man nach neuen Ausgleichsflächen und -maßnahmen suchen. Manche Flächen seien schließlich von mehreren Maßnahmen betroffen, da sei ein gleichwertiger Ersatz schwierig zu finden.

Auch mit den Kommunen wolle man das konstruktive Gespräch suchen, erklärte Steinbeck – ausdrücklich auch mit Herrischried. Bürgermeister Christof Berger hatte bekanntlich angekündigt, keine kommunalen Flächen für Ausgleichsmaßnahmen zur

Verfügung stellen zu wollen.

Ein Knackpunkt, der sich im Erörterungstermin herauskristallisiert hatte, ist ebenfalls Gegenstand der parlamentarischen Anfrage: Der Schutz der Bad Säckinger Heilquellen. "Bei einer vollständigen Versiegelung des Unterbeckens schließen der Landesgutachter und das Regierungspräsidium mögliche Risiken für die Heilquellen der Stadt Bad Säckingen aus. Ob mögliche Risiken auch ohne Versiegelung des Unterbeckens sicher ausgeschlossen werden können, bedarf noch weiterer Prüfung", so Umweltminister Untersteller. "Wir warten ja schon lange auf die Ergebnisse der Bohrungen", so Peter Steinbeck. Im März 2016 begannen Erkundungsbohrungen im Haselbachtal und um den Bergsee, um die Folgen der beiden Mammutprojekt PSW Atdorf und A 98 auf die Bad Säckinger Heilquellen abschätzen zu können. Die Kosten hierfür teilen sich die Stadt und das Schluchseewerk. "Ein gutes Beispiel einer konstruktiven Kooperation", so Steinbeck.

Eine möglicherweise notwendige Versiegelung des Haselbeckens sei kein K.O.-Kriterium für das Projekt, erklärt Steinbeck. "Das Problem ist technisch beherrschbar. Wenn wir das Becken abdichten müssen, werden wir es abdichten." Dass bei einer Versiegelung die Baukosten noch einmal steigen würden, spiele für das Schluchseewerk derzeit keine Rolle. Über die Wirtschaftlichkeit des Projekts werde die EnBW entscheiden – nach derzeitigem Stand aber nicht vor Ende der 2020er Jahre.

PSW Atdorf im Rückblick

Vor neun Jahren, im September 2008, ging das Schluchseewerk mit den Plänen an die Öffentlichkeit, im Hotzenwald ein weiteres Kavernenkraftwerk bauen zu wollen. Nach der ursprünglichen Zeitplanung, sollte die Anlage ab 2014 erbaut und 2019 in Betrieb gehen.